

(A) (Vizepräsident Schmidt)

sen. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe Punkt 5 auf:

**Sechstes Gesetz zur Änderung des Abgeordneten-
gesetzes**

Geszentwurf der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/206
erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort der
Frau Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebel.

Präsidentin Friebel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der
Drucksache 11/50 habe ich Ihnen meinen Bericht
zur Angemessenheit der Abgeordnetenentschädi-
gung vorgelegt. Als Grundlage haben mir die Fest-
stellungen des Präsidenten des Landesamtes für
Datenverarbeitung und Statistik gedient, die dieser
zur allgemeinen Gehalts- und Preisentwicklung
getroffen hat. Danach haben sich die durchschnitt-
lichen Bruttoverdienste von Dezember 1988 bis
Dezember 1989 um 3 bis 4,7 % erhöht, und zwar
die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der
Industriearbeiter um 4,7 v.H., die durchschnittli-
chen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in
der Industrie und dem Dienstleistungsbereich um
4,1 v.H. und die Renten um 3,0 v.H.

Ich bin danach zu dem Ergebnis gekommen, daß
die derzeitige Entschädigung nach § 5 nicht mehr
angemessen ist. Ich habe deshalb eine Erhöhung
der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigungen
um 3,9 % vorgeschlagen, die in der Presse bereits
als maßvoll bezeichnet wurde.

Meinen Vorschlag haben die Fraktionen der SPD,
der CDU und der F.D.P. aufgegriffen und in den
vorliegenden Geszentwurf umgesetzt. Die Erhö-
hung soll zum 01.01.1991 wirksam werden.

Darüber hinaus haben die genannten Fraktionen
meinen Vorschlag zur Erhöhung der Fahrkostenpau-
schale nach § 6 Abs. 2 Nr. 3 des Abgeordnetenge-
setzes um 3 % aufgegriffen. Diese, wie ich meine,
ebenfalls maßvolle Erhöhung beruht auf den Fest-
stellungen des Präsidenten des Landesamtes für
Datenverarbeitung und Statistik, wonach die
Kosten im Bereich der Kfz-Anschaffung und -unter-
haltung sowie die Übernachtungskosten im Jahre
1989 durchschnittlich um 3,15 % gestiegen sind.

Verzichtet, meine Damen und Herren, wurde auf
eine Erhöhung der allgemeinen Kostenpauschale
und der Pauschale für Mehraufwendungen am Sitz
des Landtags.

Die weiteren Änderungen des Abgeordnetengeset-
zes sind auf Initiative der antragstellenden Fraktio-
nen in den Entwurf aufgenommen worden. Sie
betreffen Tatbestände, die nicht Gegenstand mei-
nes Berichts zur allgemeinen Angemessenheit der
Abgeordnetenentschädigung waren. Unter anderem
geht es aber um die Aktualisierung und Konkretisie-
rung des Begriffs der Amtsausstattung, damit Sie
in der 11. Wahlperiode mit den Informations- und
Kommunikationstechniken ausgestattet werden
können, die ein moderner Parlamentsbetrieb erfor-
dert.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, der Über-
weisung an den Hauptausschuß zuzustimmen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt:

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin. - Gibt es Wort-
meldungen dazu? - Herr Kollege Vesper für die
Fraktion DIE GRÜNEN!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):

Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist, meine
Damen und Herren; trotzdem werden wir das hier
debattieren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst an
die gestrige Aussprache zur Regierungserklärung
und an die heutige Aktuelle Stunde anknüpfen. Da
haben wir debattiert über die Auswirkungen des
zunehmenden Autoverkehrs auf die Ozonbelastung
und die Klimakatastrophe. Eigentlich waren sich
alle einig: So wie bisher geht es nicht weiter. Jetzt
wollen Sie, die große Diätenkoalition dieses Hau-
ses, ausgerechnet die Pkw-Pauschale, die die Ab-
geordneten erhalten, um 3 % anheben, weil "die
Kosten im Bereich der Kfz-Anschaffung und -unter-
haltung gestiegen sind". Merken Sie denn nicht,
daß Sie da ganz falsch liegen? Es zeigt sich einmal
mehr: Richtige Erkenntnisse wenden Sie auf sich
selbst zuletzt an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Erhöhung der Kfz-Pauschale für die Abgeord-
neten ist nun wirklich das völlig falsche Signal.

(C)**(B)****(D)**

(A) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

(Abgeordneter Meyer [Westerkappeln]
[F.D.P.): Auch Fahrräder sind teurer geworden!)

- Fahren Sie mal mit dem Fahrrad, Herr Meyer, das würde Ihnen nicht schaden. - Sie wissen doch, aus dem Pkw werden wir nur aussteigen, wenn erstens Autofahren teurer wird, zweitens die Attraktivität des öffentlichen Verkehrssystems wesentlich gestiegen wird und drittens, wenn wir Überzeugungsarbeit leisten statt Pauschalen zu erhöhen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Preissteigerungen für die Fahrten in Pkw durch eine Erhöhung der Kostenpauschale aufzufangen ist nicht nur inkonsequent, die Abgeordneten machen sich dadurch auch zum Vorbild für eine völlig falsche Politik. Das sollten Sie, Herr Kniola, und Sie, Herr Matthiesen - beide sind im Moment nicht da -, mir bestätigen.

Wir regen daher an, die bisherige Autoverkehrsförderungspauschale zu ersetzen durch einen Freifahrtschein für das Netz der öffentlichen Nahverkehrsverbände in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Nur so können Anreize geschaffen werden für uns Abgeordnete, vermehrt auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Mit einer Freifahrtmöglichkeit für die Verkehrsverbände des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen würden wir nicht nur in die Lage versetzt, eine ökologische Alternative zum Auto zu nutzen,

(Unruhe)

darüber hinaus würde von einer solchen Aktion eine Signalwirkung ausgehen - das wissen Sie doch - für andere potentielle Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Überdies könnten wir Geld sparen, und das wollen Sie doch immer.

Ich finde, von diesem Vorschlag geht insofern ein ungeheurer Charme aus, meine Damen und Herren, als wir in einem wichtigen Bereich einmal schöne Sonntagsreden, wie wir sie heute wieder gehört haben, auf uns Abgeordnete selbst beziehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Büssow [SPD]: Ihr habt keine Wahlkreise, das merkt man! - Anhaltende Unruhe)

(C)

Nun zum Hauruckverfahren, in dem diese Angelegenheit durchgezogen werden soll. Meine Damen und Herren, Sie wollten diese Debatte nicht, Sie wollten wie in all den früheren Jahren nach dem Motto "über Geld spricht man nicht, schon gar nicht über das eigene" zur Tagesordnung übergehen und die eigenen Bezüge heimlich, still und leise erhöhen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Wieso das denn? Was ist denn heimlich?)

Das geht nun nicht mehr, in der Tat. Unter anderem aus diesem Grunde haben uns unsere Wählerinnen und Wähler hier hineingeschickt, damit das nicht mehr geht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der F.D.P.)

- Sie scheinen sich ja sehr aufzuregen. Ist das immer so, wenn es ums Geld geht?

Wir vertreten die Auffassung, gerade über unsere eigene Versorgung, unsere eigenen Arbeitsbedingungen müssen wir besonders laut und vernehmlich sprechen.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.): Das ist richtig!)

(D) Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf ein Höchstmaß an Offenheit und Transparenz gerade in diesen Fragen.

(Allgemeiner Beifall)

Kein Thema paßt so wenig ins Hinterzimmer wie dieses.

Vizepräsident Schmidt:

Herr Kollege Dr. Vesper, Herr Kollege Steinkühler hatte sich schon geraume Zeit gemeldet. Können Sie den Gedanken zu Ende führen, und gestatten Sie dann eine Zwischenfrage?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Selbstverständlich! Bitte schön, Herr Steinkühler!)

- Bitte!

Abgeordneter Steinkühler* (SPD):

Herr Kollege Dr. Vesper, ich wollte Sie fragen zu

(A) (Abgeordneter Steinkühler [CDU])

Ihren Ausführungen, die Sie eben schon gemacht haben. Sie kennen den ostwestfälisch-lippischen Raum.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ja!)

Ich bin sehr dafür, daß wir öffentlichen Personennahverkehr benutzen, auch die Abgeordneten; ich tue das auch und viele andere ebenfalls. Aber können Sie mir einmal erklären, wie ich nachmittags nach einer Besprechung in Schieder-Schwalenberg um 16.00 Uhr noch mit öffentlichem Personennahverkehr von mir aus nach Oerlinghausen kommen soll?

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):

Da liegt genau das Problem, Herr Steinkühler. Aber das kriegen wir nur weg, wenn wir Abgeordneten anfangen, uns einmal diesen Bedingungen zu stellen. Wenn wir immer das Auto benutzen, dann werden diese Bedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs nie verbessert. Und wir haben einen gewissen Einfluß, wir haben Vorbildfunktion.

(Weiterhin anhaltende Unruhe - Abgeordneter Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]: ÖPNV auch im ländlichen Raum? Wer soll das bezahlen?)

(B) Deswegen ist das der einzige Ansatz, den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen. Wenn ich jetzt höre, "Wer soll das bezahlen?", Herr Meyer: Öffentlicher Personennahverkehr ist immer noch erheblich billiger als das Auto, weil Sie nämlich die ökologischen Schäden, die das Auto verursacht, in Ihre Rechnung nicht einrechnen. Und das muß man eben tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wir ja bekanntlich differenzieren können, meine Damen und Herren, unterscheiden wir zwei Bereiche: die persönliche materielle Versorgung der Abgeordneten einerseits und die Regelungen ihrer Arbeitsbedingungen andererseits.

In der ersten Frage rufen wir zur Bescheidenheit und Selbstbeschränkung auf, in der zweiten sind wir im Gegenteil der Meinung, daß unsere Arbeitsbedingungen besonders gut sein müssen, wenn wir unsere Aufgabe, für die wir in dieses Parlament gewählt wurden, im Sinne unserer Wähler und Wählerinnen effektiv erfüllen wollen.

Zum ersten Bereich, einem Thema, das, wie man auch hier wieder sieht, außerordentlich emotionali-

siert behandelt wird: Auch im Vorfeld dieser Debatte ist mir aufgefallen, Herr Wendzinski und andere Kolleginnen und Kollegen: Da wird gedroht, gemahnt, geklagt, gebeten, da gibt es mal Zückerchen und mal die Peitsche, um uns von unserer in diesem Hause einmaligen Haltung abzubringen.

Da haben Sie Pech, meine Damen und Herren! Die Erhöhung der Diäten von 6 958 DM auf 7 230 DM halten wir für überflüssig, ja, im Grunde ist sie eine Beleidigung all derer, die im Zuge der Politik des Sozialabbaus Einkommensverluste und Einschränkungen ihrer sozialen Sicherheit hinnehmen mußten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

eine Beleidigung der Rentner und Rentnerinnen, der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen, der Arbeitslosen und der Frauen mit Niedrigsteinkommen.

Wenn Sie sagen: "Wir hinken hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung hinterher.", dann sage ich, daß die Bezüge der Abgeordneten durchaus ausreichend sind, um dieses Amt verantwortungsvoll auszufüllen - auch ohne Nebeneinnahmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie man an diese Sache herangeht, ist immer eine Frage des Maßstabs, des Blickwinkels. Mit wem vergleichen Sie unsere Diäten?

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Wen wollen Sie hier denn haben?)

- Das sage ich Ihnen jetzt, Herr Lanfermann. Ich will hier weniger Beamte und mehr normale Leute, die es gelernt haben, mit normalen Einkommen auszukommen.

Der herrschende Vergleich ist der mit der Ministerialbürokratie, mit Einkommen der Besoldungsgruppen B 6 folgende.

(Lebhafter Widerspruch bei SPD, CDU und F.D.P.)

Um sich vollends beruhigen und auf die Schulter klopfen zu können, wird dann immer noch kurz angedeutet - nur fein angedeutet -, was in der Industrie von Geschäftsführern und Vorstandsmitgliedern normalerweise verdient wird. Mit diesen Vergleichen entfernen Sie sich von der Realität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und der Ar-

(C)**(D)**

(A) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

beitslosen, der Millionen wirklich Armen in dieser Gesellschaft. Darum darf das unseres Erachtens nicht der Maßstab sein.

Maßstab müssen vielmehr diejenigen sein, die wir vertreten. Und da wir, ob wir wollen oder nicht, alle vertreten, ist der einzig zu rechtfertigende Maßstab der Durchschnitt, das durchschnittliche Einkommen der Erwerbsbevölkerung. Und da liegen wir schon jetzt weit drüber. Wir liegen sozusagen im außertariflichen Bereich, in einer Höhe, über die die Gewerkschaften gar nicht mehr verhandeln, weil die Einkommen so hoch sind.

Man könnte übrigens auch - hier wird ja häufig die Bibel zitiert - den Maßstab der Geringsten unserer Brüder und Schwestern nehmen, zum Beispiel das Einkommen von Sozialhilfeempfängern. Man könnte Vorschläge aufgreifen, die in der vergangenen Woche hier diskutiert wurden, nämlich zumindest teilweise den Ersatz von Geld durch Naturalleistungen.

(Lachen bei SPD, CDU und F.D.P.)

- Ja, da lachen Sie, wir haben letzte Woche auch gelacht.

Zumindest könnte man die Erhöhung der Diäten an die prozentuale Entwicklung der Sozialhilfeleistungen anpassen.

(B)

Wäre das nicht ein Vorschlag, mit dem sich Ihre Sozialpolitiker und Sozialpolitikerinnen, die immer auf Bonn schimpfen, anfreunden könnten?

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.): Die Minister bekommen dann noch einen 10%igen Abzug!)

Machen Sie doch einmal eine Umfrage, Herr Schultz-Tornau, Sie werden feststellen, daß das Verständnis in der Bevölkerung für Erhöhungen auf hoher Ausgangslage gegen Null tendiert. Der Bund der Steuerzahler findet die Versorgung der Abgeordneten - ich zitiere - "geradezu fürstlich". Schlagzeilen wie "Politiker sparen bei sich zuletzt" zeigen, daß zwischen Sparpolitik und Sparappellen einerseits und der steigenden Selbstversorgung der Abgeordneten andererseits durchaus Verbindungen geknüpft werden.

Die "FAZ", nun wirklich kein Organ der GRÜNEN, vergleicht unter der Überschrift "Die Privilegierten" die an die Insel der Glückseligen erinnernde Pensionsregelung für die Abgeordneten und deren Möglichkeit, privat noch etwas hinzuzuverdienen,

(C)

mit denen der normalen Rentner und Rentnerinnen. Wer von denen nämlich vor Erreichen der Altersgrenze mehr als 450 DM hinzuverdient, dem wird seine Rente ganz gestrichen. Den Abgeordneten schreibt die "FAZ" - nicht wirt! - ins Stammbuch: "Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu."

Hinzu kommt - machen Sie uns doch nichts vor -, daß viele hier im Saal, mit Ausnahme der GRÜNEN, noch über das eine oder andere Nebeneinkommen verfügen. Es sei Ihnen gegönnt, ich bin da überhaupt nicht neidisch, ich gönne Ihnen das alles. Aber tun Sie doch nicht so, als könnten Sie sich die Butter auf dem Brot nicht mehr leisten, wenn wir hier die Erhöhung nicht beschließen.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.): Ich esse Margarine!)

Zu diskutieren wäre in diesem Zusammenhang auch über die vom sonstigen Rentensystem völlig abgekoppelte Altersversorgung der Abgeordneten. Wir werden auch hierzu Vorschläge entwickeln.

Vorab nur eines: Was für Millionen von Rentenempfängern und Rentenempfängerinnen recht ist, sollte für die Abgeordneten nur billig sein. Eine Orientierung auf die Altersversorgung der Beamten ist der falsche Ansatz. Abgeordnete sind keine Beamten, sondern auf Zeit gewählt. Wir kommen aus Berufen und sollten in das Berufsleben auch zurückkehren. Deswegen wäre das Verbleiben im mitgebrachten System der Altersversorgung die einleuchtendste und auch die korrekteste Lösung, meine Damen und Herren.

(D)

Ganz anders beurteilen wir die Frage der Arbeitsbedingungen der Abgeordneten. Da sind wir ganz klar der Meinung: Wer eine Regierung kontrollieren will, die über fast beliebige Ressourcen verfügt und der, wie wir heute ja diskutiert haben, von der Mehrheitsfraktion beliebig viele Stellen genehmigt werden, wer alternative Konzepte entwickeln will und wer diese offensiv in die Öffentlichkeit tragen will, der braucht Arbeitsbedingungen, die das alles fördern statt behindern.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD): Dann wird es ja bald besser mit Ihnen! Es wird ja auch Zeit!)

- Ja sicher! Hören Sie einmal zu, Herr Farthmann.

Als wir in dieses Parlament einzogen, waren wir erstaunt, daß Abgeordnete nicht einmal Anspruch auf eine Schreibmaschine haben, daß hier in die

(A) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

sem postmodernen Gebäude die Kommunikationsmöglichkeit per Telefax noch nicht entdeckt worden war,

(Lebhafte Zurufe von SPD, CDU und F.D.P.: Pauschale, Pauschale! - Unruhe)

daß es keinen wissenschaftlichen Gutachterdienst gibt und daß für jede Abgeordnete und für jeden Abgeordneten, der bzw. die Tausende von Regierungsbeamten kontrollieren soll, gerade eine halbe Schreibkraftstelle vorgesehen war.

(Fortgesetzt lebhafte Zurufe, insbesondere von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schmidt:

Meine Damen und Herren, auch wenn es manchen im Hause nicht paßt: Wir sollten den Kollegen Vesper zu diesem Punkt ausreden lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er hat noch eine Minute Redezeit.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):

(B) Wenn man sich fragt, wie Sie damit Jahr- und jahrzehntelang arbeiten konnten, dann weiß ich darauf auch keine Antwort. Ich sage nur, daß wir Ihnen bei den Vorstellungen, die Arbeitsbedingungen in diesem Hause zu verbessern, Zusammenarbeit anbieten.

Mein Fazit: Seien Sie mutig und verzichten Sie auf die Diätenerhöhung. Seien Sie klug und ersetzen Sie die Pkw-Pauschale durch einen Freifahrtschein für den ÖPNV. Und lassen Sie uns gemeinsam über eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen von uns Abgeordneten sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt:

Danke schön, Herr Kollege Vesper. - Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Kollegen Wendzinski das Wort.

Abgeordneter Wendzinski (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und

(C)

Herren! Herr Dr. Vesper, Sie haben hier ein Schauspiel geboten, das mit der Realität in keiner Weise übereinstimmt.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Sie sprechen hier von einem Hauruckverfahren und wissen genau, daß Ende Juni ein entsprechender Bericht - wie dies jedes Jahr Pflicht ist - von der Präsidentin vorgelegt wurde. Sie wissen genau, daß wir seit Juni dieses Jahres darüber sprechen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Genauso ist es! - Abgeordneter Büssow [SPD]: Öffentlich!)

Wenn Ministerpräsident Rau jetzt hier wäre, dann würde er Ihnen wahrscheinlich aus dem Matthäus-Brief ein Zitat vorhalten, das lautet:

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen und nicht an ihren Worten.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P. - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Was Sie geboten haben, das ist ein billiges Schauspiel. Das will ich Ihnen an folgendem Beispiel darlegen:

(D) Sie beklagen, daß Sie in Ihrem Büro keine Schreibmaschine haben. Lesen Sie denn nicht das Abgeordnetengesetz? - Dort steht geschrieben, daß Sie pro Monat eine Aufwandskostenpauschale in Höhe von 2 081 DM für Bürokosten, Porto, Telefon, Schreibmaschine und dergleichen mehr bekommen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P. - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie, Herr Dr. Vesper: Wollen Sie doppelt kassieren? Wollen Sie die Aufwandsentschädigung und eine Schreibmaschine haben?

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P. - Minister Heinemann: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Diätenerhöhung steht immer auf dem Prüfstand der öffentlichen Diskussion. Das war immer so; das ist richtig. Das wünschen wir auch.

Deshalb haben wir kein "Hauruckverfahren" vor und auch nichts hinter verschlossenen Türen verhandelt.

(A) (Abgeordneter Wendzinski [SPD])

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Vesper, [GRÜNE])

Das ist richtig so. Das sage ich Ihnen. Die Demokratie lebt von der Transparenz, der Argumentation und der Offenheit ihrer Organe. Deswegen ist es gut, daß die Presse darüber schon seit einiger Zeit berichtet.

Wir haben weder stillschweigend noch hinter verschlossenen Türen ein Diätengesetz vorbereitet. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus Karlsruhe hat - erstens - aufgrund der Klage eines saarländischen Abgeordneten bestätigt, daß wir hier einen Full-time-Job haben und daß, wer als Landtagsabgeordneter gewählt ist, im Grunde so zu stellen ist, als wenn er im allgemeinen Berufsleben ein Mandat hätte. Das heißt: Er ist automatisch daher auch aus den öffentlichen Kassen zu finanzieren. Die Parlamentarier sollten sich nicht schlechter stellen, aber auch nicht besser als diejenigen, die im öffentlichen Bereich oder in der freien Marktwirtschaft tätig sind.

Wir haben oft erlebt, daß in Diskussionen von der sogenannten Selbstbedienung die Rede gewesen ist. Deshalb ist 1979 ein Gesetz verabschiedet worden, Herr Dr. Vesper - da haben Sie auch noch nicht an die Politik gedacht, das war vielleicht noch im Juso- oder Studentenalter -

(B) (Dr. Vesper [GRÜNE]: So jung bin ich nicht!)

daß wir das nicht mehr durch eigene Entscheidungen hier im Parlament vornehmen - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Die Fluktuation bei Ihnen ist ja groß. Sie haben auch einige gute Kräfte; die können wir gerne bei uns aufnehmen.

Deswegen ist also 1979 ein Gesetz verabschiedet worden, nach dem wir nicht mehr selbst entscheiden und auch nicht mehr sagen können "Eine Kommission von ehrenwerten Herren und Damen ...", sondern ein Waren- und Dienstleistungskorb wurde festgelegt, der festhält, wie sich die Lebensumstände verteuert haben, und wonach auch die Diäten und Unkostenpauschalen der Abgeordneten neu zu berechnen sind. Und dies geschieht dann noch mit einer einjährigen Verspätung.

(C)

Vizepräsident Schmidt:

Herr Kollege Wendzinski,

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Ja bitte?)

gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Appel?

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Ja, warum nicht?)

Abgeordneter Appel (GRÜNE):

Herr Kollege, Sie haben uns gerade so schön erklärt, daß wir alle Vollzeitparlamentarier sind.

Wie erklären Sie uns denn dann, daß damit vereinbar ist, daß hier einige Parlamentarier nebenher offensichtlich noch Ministerpräsidenten und Minister und Oberbürgermeister sein können?

(Abgeordnete Friebe [SPD]: Das hat damit nichts zu tun!)

Abgeordneter Wendzinski (SPD):

Sie haben - erstens - richtig formuliert: "einige", einige wenige. Die große Mehrheit der Abgeordneten in diesem Hause leben von den Diäten und sind Vollzeitpolitiker. Die Minister beziehe ich mit ein, weil sie sozusagen ein Teil dessen sind, was wir hier darstellen.

(D)

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: So ist es!)

Außerdem wird er mit entsprechenden Abzügen bei der Unkostenpauschale und den Diäten belastet. Das müßte ich hier eigentlich gar nicht alles erwähnen. Das können die Damen und Herren der GRÜNEN-Fraktion doch nachlesen.

(Zustimmung bei der SPD)

Zur Sache: Am 26. Juni hat die Präsidentin den Vorschlag vorgelegt, wie sich die Kostenentwicklung von Ende 1988 bis Ende 1989 in diesem Lande bei den verschiedenen Positionen dargestellt hat. Das war ihr Auftrag.

(A) (Abgeordneter Wendzinski [SPD])

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]:
In den Sommerferien) - Abgeordneter
Dr. Farthmann [SPD]: Haben Sie in den Som-
merferien gependet?)

- Überlassen Sie mir bitte das Wort, Frau Höhn!

Am 27. Juni haben die Parlamentarischen
Geschäftsführer in diesem Hause zusammengesess-
en. Ich habe mit Ihnen, Herr Dr. Vesper, dieses
Problem diskutiert.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Das bestreite ich doch gar nicht!)

Da haben Sie keinerlei Andeutungen gemacht. Sie
haben noch nicht einmal Vorstellungen entwickelt,
weder zu Reduzierungen noch zu Anhebungen.

(Heiterkeit - Zuruf des Abgeordneten
Schultz [SPD] - Widerspruch bei den
GRÜNEN)

- Warten Sie, Herr Dr. Vesper, ich habe noch mehr
für Sie: Dann kamen weitere Gespräche, und die
anderen drei Fraktionen haben Ihnen die Überlegun-
gen mitgeteilt, die in den Fraktionen zur Novellie-
rung bestanden. Unter anderem ist diskutiert wor-
den, die Mitarbeiterpauschale zu erhöhen, wobei
ich davon ausgehe, daß diese Mitarbeiterpauschale
nicht von allen MdL in Anspruch genommen wird.
(B) Aber daß einige, die Spezialaufgaben haben und
natürlich dann auch entsprechende wissenschaftli-
che Begleitung benötigen, die Möglichkeit haben
sollen, hier jemanden einzustellen, der für Sie als
Abgeordneter arbeitet und nicht für Sie als Fraktion
der GRÜNEN, haben wir Ihnen vorgeschlagen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Das müssen Sie doch auseinanderhalten. Die Mit-
arbeiterpauschale bezieht sich auf den einzelnen
Abgeordneten und nicht auf die Fraktionen.

Wir haben - zweitens - die Unkostenpauschale
diskutiert, Herr Dr. Vesper, und gesagt: Wer seine
Mitarbeiterin hier im Landtag beschäftigt, der hat
einen Kostenvorteil; denn er kann kostenlos Tele-
fon, Schreibmaschine, Heizung, Kopier- und Faxge-
räte usw. benutzen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Die
Schreibmaschine nicht!)

Was wir als normal bezeichnen, ist, daß die Mit-
arbeiterin im Wahlkreis sitzt und den Kontakt mit den
Bürgern hält, damit der Bürger keine teuren Fern-

gespräche führen muß. Das ist unsere Auffassung.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P. - Ab-
geordneter Büssow [SPD]: Machen die
GRÜNEN ja nicht!)

Da habe ich Ihnen gesagt, Herr Dr. Vesper: Man
kann nicht zweimal für ein und dieselbe Sache aus
dem öffentlichen Haushalt Geld nehmen, einmal die
Unkostenpauschale für das Büro im Wahlkreis,
Telefon, Heizung, Mieta, Reinigung und dergleichen
mehr und hier dann noch die Mitarbeiterin im Land-
tag kostenlos beschäftigen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

In diesem Zusammenhang habe ich Ihnen vorge-
schlagen, 500 DM von der Unkostenpauschale bei
denjenigen abzuziehen, die ihre Mitarbeiter hier im
Hause haben.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das
ist doch gut!)

Was haben Sie da gestöhnt! Haben Sie uns denn
nicht erzählt, Sie hätten bei dieser Regelung große
Schwierigkeiten in Ihrer Fraktion?

(Widerspruch des Abgeordneten Dr.
Vesper [GRÜNE] - Oh-Rufe bei SPD,
CDU und F.D.P.)

(D) Sie müssen bei der Wahrheit bleiben und nicht
immer das erzählen, was schaukeltierisch ist.

Vizepräsident Schmidt:

Herr Abgeordneter Wendzinski: zur Geschäftsord-
nung. Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen
Dr. Vesper zu?

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Bitte
sehr!)

- Bitte sehr.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):

Erstens, Herr Wendzinski, nehmen Sie zur Kennt-
nis, daß ich keine Schwierigkeiten in der Fraktion
habe.

(Zurufe)

- Ja, ich frage, ich frage. Nun seien Sie doch nicht

(A) Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)

alle so aufgeregt!

(Heiterkeit)

Herr Wendzinski, sind Sie bereit, mit mir zwischen der Entgegennahme eines Berichts, den wir hier alle bekommen haben, und der Vorlage eines Gesetzentwurfs, der in diesem Plenum behandelt werden muß, einen Unterschied zu sehen? Sind Sie bereit zuzugeben, daß dieser Gesetzentwurf uns gestern auf den Tisch geleitet wurde? - Das ist meine Frage.

Abgeordneter Wendzinski (SPD):

Herr Dr. Vesper, wenn das für Sie eine Hilfe ist, daß Sie sich auf diese schwache Brücke begeben, will ich Ihnen menschlich helfen.

(Zahlreiche Zurufe)

Politisch muß ich Ihnen sagen: Der Bericht der Präsidentin ist nach dem Gesetz bis zum 30. Juni eines jeden Jahres erforderlich. Darin steht genau, daß der Landtag die Konsequenzen daraus zu ziehen hat. Er muß dem Bericht nicht folgen; er hat die Konsequenzen zu ziehen. Und diesem Nachdenkprozeß, Herr Dr. Vesper, haben Sie sich bei den GRÜNEN entzogen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Sie haben hier heute mit doppelter Moral gearbeitet, nach dem Motto: Ich bin dagegen, aber ich hoffe, daß die das schon machen. Ich gebe ihnen nachher eine Kontonummer an - also: Hier bin ich dagegen, und dann kassiere ich. - Das halte ich für doppelte Moral.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt:

Herr Wendzinski, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Kollegen Vesper?

Abgeordneter Wendzinski (SPD):

Ich will Herrn Dr. Vesper gleich gern Nachhilfeunterricht geben. Ich habe noch mehr.

Vizepräsident Schmidt:

Gestatten Sie die Frage?

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Ja, bitte schön!)

- Bitte, Herr Vesper!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE):

Herr Kollege Wendzinski, warum haben Sie, wenn das alles seit Juni so normal und so klar ist, nicht in der Sitzung des Ältestenrats gestern vor zwei Wochen den Tagesordnungspunkt "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes" im zwischen den Fraktionen besprochenen normalen Verfahren auf die Tagesordnung gesetzt? Warum kam dieser Punkt gestern in dieser so plötzlichen Art und Weise?

Abgeordneter Wendzinski (SPD):

Herr Vesper, wenn Sie zugehört hätten, dann wäre Ihnen nicht entgangen, daß ich in der ersten Sitzung des Ältestenrats in diesem Monat erklärt habe: Frau Präsidentin, ich gehe davon aus, daß wir an den Plenartagen auch noch das Diätengesetz behandeln. - Das habe ich erklärt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber nicht, an welchem Plenartag!)

- Entschuldigung! Wir haben nur zwei Plenartage.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Es gibt doch gar keine Elle, weil das sowieso erst zum 01.01. in Kraft tritt. - Lebhaftes Zurufe)

Außerdem sollten Sie jetzt nicht weiter klagen. Der Landtag hat heute morgen entschieden. Sie müssen sich daran gewöhnen, daß es Mehrheiten gibt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Dann müssen Sie sich auch daran gewöhnen, daß es uns gibt!)

(C)

(D)

(A)

Vizepräsident Schmidt:

Herr Wendzinski, die Kollegin Höhn wollte Sie noch etwas fragen.

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Irgendwie will ich das jetzt einmal zu Ende bringen; denn ich habe ja nicht vor, mich hier ständig mit der kleinen Fraktion der GRÜNEN zu unterhalten.)

- Sie lassen die Frage also nicht zu.

Abgeordneter Wendzinski (SPD):

Ich will einmal zu dem Gesetzentwurf der GRÜNEN kommen.

Herr Vesper macht eine ganz große Show, eine ganz große, breite Show-Palette!

Was bietet er denn konkret? Er bringt einen Antrag, in dem er sagt: Ich möchte die Kostenpauschale im Verkehrsbereich aufheben. Mehr bringen Sie nicht. Sie sagen in keiner Weise: Reduzierung der Abgeordnetenentschädigung, wie sie jetzt gezahlt wird! Sie sagen in keiner Weise: Reduzierung der Aufwandsentschädigung! Sie sagen in keiner Weise: Die Mehrkosten sollen reduziert werden.

(B)

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie sagen vielmehr nur: Die Fahrkostenpauschale soll auf null reduziert werden. Das ist Ihr einziger Vorschlag.

Daran erkenne ich doch: Sie sind für das Diätengesetz; Sie sind für den Vorschlag; Sie sind für die Unkostenpauschale; Sie sind im Grunde für die Mitarbeiterpauschale. Nur diesen kleinen Punkt haben Sie sich herausgesucht, und die Bürgerinnen und Bürger auf den Rängen wissen nicht, was Sie beantragt haben.

In den Richtlinien steht ja nicht einmal, daß Sie mit dem Pkw fahren müssen. Es steht nur darin: Wer bis 50 km vom Sitz des Landtags entfernt wohnt, bekommt 655 DM, und wer weiter wohnt, bekommt 1 200 DM. Sie können doch mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Warum tun Sie es denn nicht?

(Beifall bei der SPD)

Und Sie, Herr Dr. Vesper, Sie von den GRÜNEN,

(C)

haben einen Freifahrtschein 1. Klasse der Deutschen Bundesbahn. Benutzen Sie diesen doch bitte!

Aber was sagen Sie den Kollegen, die im Aachener Raum wohnen, die im Münsterland, die im Sauerland wohnen, wo es keine Verkehrsmittel gibt? Die brauchen zur Betreuung ihres Wahlkreises einen Pkw. Wenn Sie keine Wahlkreisbetreuung vornehmen, ist das Ihre Sache. Wir betreuen die Bürger, und die Bürger haben ein Anrecht darauf, ihren Abgeordneten zu sehen, mit ihm zu sprechen, auch wenn das Dorf noch so klein ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Verehrter Herr Vesper, Sie reden jetzt hier. Dann werden Sie wahrscheinlich dagegen stimmen.

Ich frage Sie einmal: Lehnen Sie denn die Überweisung der Diäten ab? Dann kommen Sie und sagen, Sie führen etwas zum Öko-Fonds ab. Nun, dann machen Sie es doch viel sauberer: Bieten Sie doch eine Kontonummer der Caritas, der Inneren Mission und des Öko-Fonds der Präsidentin des Landtags an, und erklären Sie, wieviel von Ihren Diäten sie automatisch an diesen Öko-Fonds oder die Caritas überweisen soll!

(D)

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Sozialdemokratische Mandatsträger haben in über hundert Jahren ihr Mandat auch immer gesehen zur Unterstützung der Partei. Die Sozialdemokraten tun das. Die lassen sich das automatisch von der Präsidentin abziehen; das wird überwiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Das heißt: Durchsichtigkeit, Offenheit! Nicht, wie Sie, doppelte Moral: Hier klagen, hinten kassieren, und niemand kann prüfen! - Herzlichen Dank!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt:

Danke schön, Herr Kollege Wendzinski! - Ich darf nun für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hardt das

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wort erteilen. Bitte schön!

Abgeordneter Hardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es überrascht doch wohl sehr, Herr Vesper, daß Sie nach einer Rede, wie Sie sie gehalten haben, hier einen solchen Gesetzentwurf einreichen. Denn nachdem Sie nur diese Unkostenpauschale ändern wollen, wollen Sie doch das Geld wirklich kassieren. Sie sind ja letztlich dabei, wenn die Mehrheit dieses Hauses das bestimmt. Sie wollen im Endeffekt - so darf ich einmal sagen - darüber hinaus auf ein Problem aufmerksam machen, um dann vielleicht hier diesen "Laden" lahmzulegen.

Mich hat das wirklich aufgrund des Kritikpunktes überrascht, den Sie am Anfang eingebracht haben. Ich kann nur sagen, daß die hier von Herrn Wendzinski vorgetragene Argumente von uns voll und ganz geteilt werden, und wir wollen diese Debatte angesichts der Zeit auch gar nicht verlängern.

Wir haben den Vorschlag der Frau Präsidentin zusammen mit den anderen Fraktionen aufgegriffen. Wir haben den Diätengesetzentwurf eingebracht und stehen auch dazu.

(B) Den Bericht der Präsidentin halten wir für angemessen, und ich muß schon sagen, daß wir im Endeffekt, Herr Vesper, aufgrund der Geschäftsordnungsabstimmung, die Sie heute morgen angebracht haben, und aufgrund der Diskussion, die wir ja, wie schon erörtert, zwei Monate geführt haben, wirklich kein Verständnis haben.

Zur Angemessenheit der Entschädigung hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 5. November 1975 festgestellt, daß die Abgeordnetenentschädigung entsprechend der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zu bemessen ist. Da uns keiner diese Entscheidung abnimmt, meine Damen und Herren, müssen wir schon in eigener Sache selber entscheiden. Dafür haben wir uns seit 1985 einen Rahmen gesteckt, wonach die Entschädigung jetzt entsprechend dem erhöht wird, was jeder im gewerblichen Bereich Beschäftigte in dem Jahre 1988/89 mehr bekommen hat. Was wir für 1991 verlangen, ist letztlich nur das, was in diesem Bereich schon 1988 und 1989 gezahlt worden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

(C)

Wenn hier jetzt der Eindruck entstanden ist, daß wir in Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter der Landtage wären, dann muß ich Ihnen sagen, daß wir erst an fünfter Stelle liegen. Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sind höher als wir. Hessen hält mit 10 200 DM die Spitze, Bayern hat 8 100. Rheinland-Pfalz zahlt - wie ich vorhin sagte - 13mal. Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat uns den Rahmen gesetzt, daß wir die Landtagsdiäten bis zu 10 % der Diäten eines Bundestagsabgeordneten - gemessen an dem saarländischen Kollegen, der damals geklagt hat - erhöhen können.

Das, was die Frau Präsidentin vor zwei Monaten vorgelegt hat, haben Sie ja akzeptiert. Ich kann nur sagen: Mit Ihrem Gesetzentwurf haben Sie die Vorlage der Präsidentin akzeptiert. Dann sonst hätten Sie ja auch entsprechende Minderbeträge einsetzen müssen. Ihr Gesetzentwurf ist in sich unlogisch. Denn die Paragraphen, bei denen es um Diätenerhöhung geht, haben Sie nicht aufgenommen. Das wollen Sie wahrscheinlich auf kaltem Wege mitkassieren. Das werden wir in dieser Form nicht mitmachen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben in § 6 Abs. 2 nur eine Klarstellung vorgenommen, und zwar soll die Kostenpauschale bis zu einem Betrag von 500 DM gekürzt werden, wenn Abgeordnete eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter für Wahlkreisaufgaben ganz oder teilweise im Landtag beschäftigen. Da dies die Kosten verringern kann und Sie, die GRÜNEN-Fraktion, ja an Kostenminimierung denken, bin ich gespannt, wie Sie dazu stehen. Es wäre gut, Ihre Haltung dazu zu wissen. Herr Wendzinski hat ja schon gesagt, was wir zu diesem Bereich miteinander besprochen haben.

(D)

Noch einmal zu dem Problem öffentlicher Nahverkehr! Es ist gegenüber den Kollegen aus dem ländlichen Raum einfach nicht kollegial, hier gleiche Maßstäbe anzulegen. Das Defizit des öffentlichen Nahverkehrs, der zur Zeit einen Kostendeckungsgrad von etwa 50 % hat, würde dadurch im Endeffekt nicht verringert. Sie wollen die Fahrtkosten ja nicht von Ihren Diäten bezahlen, sondern Sie wollen das auch aus öffentlichen Kassen erstattet haben. Sie können die Verhältnisse der Kollegen, die aus der Rheinschiene kommen, mit denen der Kollegen aus dem ländlichen Raum einfach nicht vergleichen.

Ich sage auch einmal aus der Sicht eines Abgeordneten, der in Düsseldorf wohnt: Mittelfristig muß

(A) (Abgeordneter Hardt [CDU])

auch die Frage der Unterbringung von Kollegen, die weit weg wohnen, in diesem Haus geklärt werden. Ich kann das sagen, weil ich das gar nicht in Anspruch nehmen würde. Ich bin schon der Auffassung, daß wir da ebenfalls einiges tun müssen.

Herr Kollege Vesper, 1971 habe auch ich hier im Landtag zur Diätenfrage ablehnende Reden - in den Protokollen nachzulesen - gehalten. Problematisch aber ist der Vergleich mit den normalen Arbeitnehmern draußen. Unsere Familien wären glücklich, wenn wir von der Arbeitszeit her das gleiche Maß hätten. Ich glaube, daß man die Entschädigung, die wir bekommen, auch an unserer durchschnittlichen Arbeitszeit, die wir an sechs, manchmal auch an sieben Tagen in der Woche zu leisten haben, messen muß.

Wenn Sie sagen, die Pensionsregelung für die Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen sei, gemessen an der unserer Bürger, einsame Spitze, dann kann ich nur sagen: Von allen Parlamenten haben wir die längste Zeit, bis man auf 75 % kommt. Der Bundestag kommt schon nach 18 Jahren auf 75 %, die anderen Parlamente auch entsprechend früher. Da das bei uns erst nach 20 Jahren - also nach vier vollen Legislaturperioden - erreicht wird, bin ich der Meinung, daß wir hier etwas sehr Maßvolles tun.

(B) Wir sind der Meinung, daß das, was die Frau Präsidentin vorgeschlagen hat und was letztlich eine Steigerung um 3,9 % bedeutet, angemessen ist. Wir werden der Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuß zustimmen.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt:

Danke schön, Herr Kollege Hardt! - Für die F.D.P.-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Tschoeltsch das Wort erteilen; bitte sehr!

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Vesper, nachdem Sie in Ihrer Rede für die Fraktion der Grünen nahezu alle Punkte des Abgeordnetengesetzes inhaltlich in Frage gestellt haben,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das stimmt nicht! Das habe ich nicht gemacht.)

(C) fordere ich Sie auf, konsequent zu sein und Ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen. Es ist blamabel, wenn Sie alles in Frage stellen und dann mit Ihrem Gesetzentwurf einen einzigen Punkt ändern wollen. Seien Sie konsequent, zeigen Sie Haltung und ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück!

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Ich teile nicht Ihre Auffassung, die Sie hier vorgebracht haben. Wenn Sie aber ernsthaft das meinen, was Sie gesagt haben, dann bringen Sie doch einen entsprechenden Gesetzentwurf ein.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Machen wir!)

- Nein, Sie haben einen Gesetzentwurf mit einer kleinen Änderung eingebracht.

Meine Damen und Herren, ich möchte zur Angemessenheit der Diäten grundsätzlich etwas sagen. Wir brauchen uns in dieser Frage nicht zu entschuldigen. Wir müssen uns auch einmal ansehen und darüber nachdenken, welche Berufsgruppen nicht mehr in Parlamente gehen. Warum sind denn keine qualifizierten Ärzte hier im Parlament? Warum sind hier im Landtag keine erfolgreichen Gewerkschaftsführer?

Warum sind - nahezu - keine qualifizierten Unternehmer im Parlament? Warum eigentlich nicht? (D)

(Zuruf von den GRÜNEN: Es sind auch keine Arbeiter hier!)

Darüber müssen Sie nachdenken. Das hat doch auch etwas mit der Dotierung des Berufes Abgeordneter zu tun.

Meine Damen und Herren, ich will für die F.D.P.-Fraktion ganz deutlich sagen, daß wir hier keinen Entschuldigungsbedarf sehen. Wir stehen zu der vorgeschlagenen Regelung der drei Fraktionen auf Basis des Berichts der Präsidentin.

Und ein letzter Punkt! Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie haben das Abgeordnetengesetz nicht richtig gelesen. In dem einen Punkt, in dem Sie eine Änderung vorschlagen, sprechen Sie immer von "Pkw-Pauschalen". So etwas steht in dem Abgeordnetengesetz überhaupt nicht. Es handelt sich vielmehr um "Fahrtkostenpauschalen". Lesen Sie es bitte einmal nach. Es steht dort nichts von PKW. Es ist Ihnen völlig freigestellt, wie Sie den Landtag erreichen, wie Sie Ihre Aufgaben im Lande erfüllen. Sie können mit dem Fahrrad fahren,

(A) (Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.))

Sie können zu Fuß gehen, Sie können den Pkw benutzen, Sie können die Bundesbahn benutzen. Das steht Ihnen völlig frei.

Aber ich sage Ihnen abschließend noch etwas, Herr Dr. Vesper: Daß dieser Vorschlag gerade von einer kleinen Fraktion kommt, das wundert mich nun in der Tat. Denn ich weiß, wie wir als F.D.P. mit 14 Abgeordneten unsere Probleme haben, unsere Aufgaben zu bewältigen, und zwar landesweit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie werden feststellen, daß Sie Ihr Ziel eben nicht immer mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Wir müßten unsere Leistung als Abgeordnete gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern drastisch reduzieren, wenn wir Ihrem Weg folgten. Und das, meine Damen und Herren, ist mit der F.D.P.-Fraktion nicht zu machen.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich habe noch eine Frage, Herr Tschoeltsch!)

Vizepräsident Schmidt:

(B) Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse dann abstimmen. Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 11/206 an den Hauptausschuß seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobel - Stimmmententhaltungen? - Bei Stimm-enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN

(Unruhe - Zurufe von der F.D.P.: Erst machen sie so einen Aufwand, und dann enthalten sie sich!)

ist so beschlossen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe Punkt 6 auf:

Gesetz zur Änderung des Wahlkampfkostengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
und der Fraktion der CDU
Drucksache 11/207
erste Lesung

(C)

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Wendzinski für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Wendzinski (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Presseberichten der letzten Tage waren in einigen - es waren nicht viele - Zeitungen Formulierungen zu lesen wie "Bubenstück" oder "Raubrittertum".

Worum geht es eigentlich? - Es geht nicht, wie solche Begriffe nahelegen könnten, um die auch von uns nachdrücklich kritisierten illegalen Parteienfinanzierungen oder Umwegfinanzierungen. Es geht nicht um dubiose Staatsbürgerliche Vereinigungen oder sogenannte Spendenwaschanlagen. Es geht auch nicht um den Zugriff auf Reichtümer, die Staatsparteien in der DDR angehäuft haben.

Es geht um eine parlamentarische Initiative demokratisch legitimierter Abgeordneter, um den Gesetzentwurf zur "Änderung des Gesetzes über die Erstattung der Wahlkampfkosten von Landtagswahlen".

"Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." So hat das Grundgesetz von 1949 in Artikel 21 erstmalig innerhalb aller liberaldemokratischen Verfassungen die Mitwirkung und die Pflichten der Parteien bei der politischen Willensbildung verankert. Das Grundgesetz hat aber zugleich sinnvollerweise den Parteien auch eine Pflicht zur finanziellen Transparenz verordnet, die weitergeht als in allen übrigen gesellschaftlichen Großorganisationen; denn "sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen". So steht es in Artikel 21 Abs. 1 GG.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich mit der Parteienfinanzierung auch kritisch befaßt. Es hat aber nie einen Zweifel daran gelassen, daß es grundsätzlich eine angemessene finanzielle Ausstattung der Parteien befürwortet, damit diese ihren demokratischen Auftrag erfüllen können. So hat es das Bundesverfassungsgericht in seiner letzten Grundsatzentscheidung zur Parteienfinanzierung vom 14. Juli 1986 verkündet - ich zitiere -:

Das Grundgesetz hat in Artikel 21 GG die politischen Parteien als verfassungsrechtlich notwendige Instrumente für die politische Willensbildung des Volkes anerkannt. Es setzt politische Parteien voraus, die dieser Aufgabe, getragen von der Bereitschaft der Bürger, sie auch finanziell zu unterstützen, gerecht werden können.

(D)